

Gegendemo bei UN-Konferenz zu Agrar-Gentechnik

Bereits zum Auftakt einer Konferenz der Vereinten Nationen zu den Risiken der Gentechnik im Agrarsektor ist es in Bonn zum Streit gekommen.



Gentechnikgegner demonstrieren, um auf mögliche Risiken der Agrar-Gentechnik aufmerksam zu machen.

Die großen Gentechnik-Konzerne wollten mit einer freiwilligen Selbstverpflichtung eine international verbindliche Regelung zu Haftung und Wiedergutmachung bei Schäden verhindern, berichteten am Montag regierungsunabhängige Organisationen, die an der UN-Konferenz teilnehmen. Auf der Konferenz wollen rund 2000 Vertreter von Regierungen und regierungsunabhängigen Organisationen in den nächsten fünf Tagen intensiv über die Regelungen zur Haftung und Wiedergutmachung beraten. Eine Verständigung galt aufgrund der auseinanderliegenden Positionen aber als ungewiss.

Unterdessen demonstrierte ein breites internationales Bündnis von rund 80 Agrar- und Umweltorganisationen vor dem Konferenzhotel gegen Hunger, Artensterben und Gentechnik. Die rund 2000 Teilnehmer wandten sich gegen die weltweite Zerstörung der Agrar-Vielfalt und der bäuerlichen Landwirtschaft durch die «Agro-Industrie». Vor allem die Gentechnik wurde ins Visier genommen. Sie stehe für Monokulturen und erzeuge langfristig eine Abhängigkeit der Landwirte als Erzeuger und der Menschen als Nahrungskonsumenten von wenigen Industriekonzernen.

Bei den fünftägigen UN-Verhandlungen - dem 4. Treffen der Vertragsparteien zum Cartagena-Protokoll - geht es um internationale Schutz- und Haftungsregelungen bei der grenzüberschreitenden Weitergabe von genveränderten Organismen wie etwa Reis, Mais oder Soja. Das Vertragswerk zur Biologischen Sicherheit soll Mensch und Umwelt vor den möglichen Gefahren der Gentechnik auf Äckern und in Wäldern schützen. Im Cartagena-Protokoll fehlen bislang aber verbindliche Haftungs- und Wiedergutmachungsbestimmungen. Deshalb ist es bisher international auch unklar, wer im Falle von Umwelt-, Wirtschafts- oder Gesundheitsschäden zahlen müsste und wer Ansprüche geltend machen könnte. Nicht zu den Unterzeichnern des Cartagena- Protokolls zählen auch einige Länder mit hohen Agrar- Ausfuhren und Gentechnik-Produkten wie USA, Argentinien und Kanada.

Die Kritiker innerhalb der Konferenz erklärten, sechs Agro- und Gentechnikkonzerne hätten versucht, möglichst unverbindliche Haftungsregelungen zu erreichen. Dazu gehörten BASF, Bayer CropScience, Dow AgroSciences, DuPont/Pioneer, Monsanto und Syngenta. «Ihr Ziel ist es, die internationale Gesetzgebung zu privatisieren», sagte die Präsidentin des Umweltinstituts Ecoropa und langjährige Verhandlungskennerin Christine von Weizsäcker.

Mit einer ebenfalls fünftägigen «Gegenkonferenz» unter dem Motto «Planet Diversity» («Planet der Vielfalt») wollen Umwelt- und Entwicklungs- sowie alternative Bauernorganisationen aus 90 Ländern auch Position beziehen gegen die Cartagena-Konferenz sowie die in einer Woche beginnende große UN-Naturschutzkonferenz zur Biologischen Vielfalt. Nur eine Vielfalt in der Landwirtschaft ermöglicht nach Angaben der Organisatoren auch eine globale Ernährungssicherheit. «Die Gentechnologie hat schon jetzt mehr Probleme als Lösungen produziert.»

dpa, 12.05.2008

© 2008 Financial Times Deutschland, © Illustration: dpa